

Singapurs Wirtschaftskrise

Der bereits Anfang des Jahres verzeichnete Rückgang des Bruttosozialprodukts von 1,7% 1985 gegenüber 1984 wird für das laufende Jahr 1986 gegenüber 1985 mit 3,4% prognostiziert. Ein erheblicher Rückgang der Profite wird bereits jetzt für die erste Hälfte 1986 erwartet. Ende Mai mußten S\$ 2,227 für einen US\$ bezahlt werden und gegenüber den Jen war der S\$ seit September 1985 um 33% gefallen.

1985 gingen insgesamt 95 900 Arbeitsplätze verloren und die Arbeitslosenrate kletterte auf 4,9%, die höchste seit 1970. Besonders betroffen davon ist das Baugewerbe und ca. 60 000 malaysische Gastarbeiter.

Die der Regierung sehr nahestehenden Gewerkschaften machten den Vorschlag, daß Betriebe, die Verluste machen würden, die Löhne kürzen sollten, und solche, die große Gewinne machen Lohnerhöhungen mit der Produktionssteigerung verknüpfen. Auch bereiten die Gewerkschaften die Arbeiter auf die Perspektive vor, daß in Zukunft die Arbeiter in 3 Schichten arbeiten sollten. Der Generalsekretärs Assistent der NTUC (National Trade Union of Singapore) Goh Chee Wee sagte dazu: "Wir sind eine neu industrialisierte Gesellschaft und müssen die 3. Schicht zu einer 'way of live' machen."

Vgl. FEER 20.3.S.113ff, 27.3.S.72ff, 15.5.S.88, 29.5.S.107 1986; AW 20.4.S.28ff, 27.4.S.37 1986; MB 1.3.86 S.10ff; SI Jan.1986 S.2/3; ALM Vol.2 No.5/6 S.17f, 23f, 43f, Vol.3 No.1 S.36.

Arbeiter aus der VR China nach Singapur ?

Trotz der vielen Entlassungen in Singapurs produzierendem Gewerbe, sollen nach Berichten im Oktober 1985 Bauarbeiter aus der VR China nach Singapur gebracht werden, um dort zu arbeiten und ausgebildet zu werden. Regierungsangaben zufolge sollten 300 Arbeiter Ende Oktober ins Land kommen und auf Baustellen arbeiten, wo Aufträge des öffentlichen Wohnungsbaus stattfinden. Diese chinesischen Bauarbeiter sollen später die Kerngruppen bei Aufträgen der Firmen in der VR China sein.

Vgl. ALM Vol.2 No.5/6, Feb.1986 S.13f

Neues Pressegesetz

Am 5. Mai wurde von der Regierung eine Gesetzesvorlage zur Änderung des Pressegesetzes (Printing Press Act) ins Parlament eingebracht, die eine Einschränkung des Verkaufs und Vertriebs von ausländischen Publikationen vorsieht, welche sich in die Innenpolitik Singapurs einmischen. Der Minister für Kommunikation und Information kann die Anzahl der im Land zum Verkauf und Vertrieb zugelassenen Exemplare nach seinem Ermessen begrenzen. In den amtlichen Mitteilungen der Regierung wird eine Liste der betroffenen Publikationen veröffentlicht, die dann nur mit einer besonderen Genehmigung verkauft werden dürfen. Der Minister kann die Genehmigung ohne Angabe von Gründen verweigern. Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe bis zu S\$ 10 000 (= DM 10 000) und/oder 2 Jahren Gefängnis bestraft. (Vgl. SOAI 1/86 S.34)

Als Begründung für diese Gesetzesinitiative gab der Staatsminister des Ministers für Kommunikation und Information Wong Kan Seng an, daß unter den rund 3 700 ausländischen Publikationen, die in Singapur zirkulieren, einige sind, die die "Singaporeaner in Bezug auf innenpolitische Fragen durch eine gefärbte und die Emotionen aufrührende Berichterstattung zu beeinflussen suchen." Ein Verbot solcher Publikationen würde den falschen Eindruck erwecken, die Behörden befürchteten, die Bevölkerung könne nicht mit solch einer Berichterstattung konfrontiert werden. Die Einschränkung des Verkaufs würde entsprechende Publikationen daran hindern, Profite in Singapur mit reißerischen Geschichten machen zu können.

Die Gesetzesvorlage stieß auf starke Kritik von verschiedensten Seiten. Selbst der Chefredakteur der *The Straits Times*, die gewöhnlich gegenüber der Regierung sehr loyal ist, kritisierte sie in einem besonderen Kommentar seiner Zeitung, daß damit der Eindruck aufgedrängt werden würde, Singapur habe sehr restriktive Pressegesetze.

Auch die Juristen Vereinigung (law society) unter ihrem neuen Präsidenten, den ehemaligen Generalstaatsanwalt (solicitor-general) Francis Seow, trat mit einer längeren Kritik an die Öffentlichkeit. Die Definitionen der einzelnen Tatbestände seien in der Gesetzesvorlage völlig ungenau, gäben dem Mini-

ster zu weitreichende unanfechtbare Befugnisse und würden eine unverhältnismäßig hohe Bestrafung in Form von 2 Jahren Gefängnis bei Zuwiderhandlung vorsehen. Im übrigen gäbe es ja bereits genügend gesetzliche Möglichkeiten für den Minister, jede Veröffentlichung zu verbieten, von der er meint, sie widerspreche den Interessen Singapurs.

Die Kritik der Juristen Vereinigung, die bisher die Regierung noch nie öffentlich kritisiert hatte, veranlaßte den Staatsminister Wong zu einem heftigen Angriff gegen sie. "Politik ist die Domäne der Regierung", sagte er. "Sie ist nicht ein Spielplatz für diejenigen, die keine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung zu tragen haben."

Von Beobachtern wird diese Aussage Wongs als allgemeine Warnung an Berufsverbände angesehen und wurde von dem Oppositionsabgeordneten J.B.Jeyaretnam folgendermaßen kommentiert: "Was macht eine demokratische Gesellschaft aus? Es ist die Gegenwart von Gruppen, die zu jedem Problem widersprechende Meinungen äußern können. Alle disputieren darüber und dann stellt sich heraus, welche Auffassung die meiste Zustimmung erhält."

Vgl. FEER 15.5.S.10, 5.6.S.28f, 12.6.S.12, 1986; AW 15.6.86 S.20f.



Literaturhinweise

Bowring, Philip, Clad, James, *New Market Road - Singapore Seeks an Updated Growth Formula*, in: Far Eastern Economic Review 27.3. S.72-81, 1986. Hongkong / Selbstverlag / 10 S.

Loose, Stefan, Ramb, Renate, *Malaysia - Singapore - Brunei, Traveller Handbuch*, 1986. Berlin / Selbstverlag / 358 S.

oV, *Strategies: Change in Singapore*, in: Asiaweek 20.4. S.28-36, 1986, Hongkong / Selbstverlag / 5 S.

oV, *Singapore: A Stronger Opposition?*, in: Asiaweek 8.6. S.20-32, 1986, Hongkong / Selbstverlag / 9 S.